



Amtsgericht Kerpen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, 09.10.2026, 09:30 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 108, Nordring 2 - 8, 50171 Kerpen**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Kerpen, Blatt 807 ,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Kerpen, Flur 11, Flurstück 1550/81, Gebäude- und Freifläche,
Mahnstraße 29, Größe: 421 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um ein Einfamilienhaus. Das Gebäude setzt sich aus einem Vorderhaus und zwei rückwärtigen Anbauten zusammen. Das Vorderhaus ist teilunterkellert, zweigeschossig mit nicht ausgebautem Dachgeschoss erstellt. Der Anbau 1 ist nicht unterkellert, zweigeschossig erstellt. Der Anbau 2 ist nicht unterkellert, eingeschossig erstellt. Grundstücksgröße 421 qm; Wohnfläche 111,13 qm. Das Objekt ist vermietet.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 14.05.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

186.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der

Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.